

Zügiger Netzausbau scheitert an Erdverkabelung

ENERGIEPOLITIK Landtagsabgeordnete bemängeln Durchsetzungsfähigkeit – Kapazität erschöpft

GANDERKESEE/ST. HÜLFE/LO – Dem Ausbau der Stromnetze kommt beim Umbau der Energieversorgung eine zentrale Bedeutung zu: Daran lässt die niedersächsische Landesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Axel Brammer und Renate Geuter keinen Zweifel. „Nur bei einem schnellen Aus- und Umbau der Stromnetze können die ambitionierten Ausbauziele Deutschlands für den Bereich der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen erreicht werden“, lautet die offizielle Stellung-

nahme. Denn bei günstigen Wetterbedingungen seien die Netzkapazitäten, die für den Transport von Strom aus Windkraft vom Norden der Republik in die Verbrauchschwerpunkte West- und Süddeutschlands benötigt werden, schon jetzt teilweise überlastet.

Angesichts der dringend notwendigen Kapazitätserweiterung sei es bedauerlich, dass sich die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr inzwischen ein Jahr lang nicht gegen den Netzbetreiber durchsetzen konnte, der sich

geweigert hat, in dem Planfeststellungsantrag für die Hochspannungsleitungstrasse Ganderkesee – St. Hülfe die vorgegebenen Abstandsregelungen nach der Landesraumordnung einzuhalten, resümierte Geuter und Brammer am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung. „Das zeigt, was von den Äußerungen der Netzbetreiber zu halten ist, ihnen sei an einem zügigen Netzausbau gelegen, bei dem sie selbstverständlich die geltenden Rechtsgrundlagen beachten würden.“

Von der Landesregierung wollten die Abgeordneten

wissen, wie sie den niederländischen Trassenbetreiber TenneT TSO GmbH (vorher transpower StromübertragungsgmbH) zu mehr Erdverkabelung im Verlauf der 380-kV-Leitung zwischen Ganderkesee und St. Hülfe bringen will. Sie habe den Betreiber schriftlich aufgefordert, die geplante Höchstspannungsleitung auch auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilstrecken als Erdverkabelung zu errichten, soweit die Leitung die maßgeblichen Abstände zur Wohnbebauung unterschreitet, heißt es in der Antwort.

Die Landesregierung sei aber leider weiterhin nicht bereit einzuräumen, dass eine Vollverkabelung wirtschaftlicher sein könne, wenn es andernfalls auf der relativ kurzen Strecke zu einer Vielzahl von Übergängen zwischen Freileitungen und Erdverkabelung kommen wird, betonte Renate Geuter. In Ganderkesee soll die Leitung in zwei Teilstrecken auf einer Gesamtlänge von 6,7 Kilometern in der Erde verlegt werden. Auf dem restlichen, gut 50 Kilometer langen Stück ist dies vom Netzbetreiber bislang an keiner Stelle vorgesehen.